

Art. 11. De regering van de Franse gemeenschap keurt de ambts- en opleidingsprofielen goed van de technicus verwarming en sanitair (SANI.CHAUF-tech-V01-202), zoals gevalideerd door de « Chambre de Concertation et d'Agrément » (ChaCA - Kamer van Overleg en Goedkeuring) van de SFMQ in haar vergadering van 11 juni 2021.

Art. 12. De uitvoeringstermijn bedoeld in artikel 29, 2° van het samenwerkingsakkoord van 27 maart 2009 tussen de Franse gemeenschap, het Waals gewest en de Franse gemeenschapscommissie betreffende de oprichting van de "Service francophone des Métiers et des Qualifications" (SFMQ) bedraagt 2 jaar en 7 dagen voor elk herzien profiel en 3 jaar en 7 dagen voor elk nieuw profiel, te rekenen vanaf de datum van erkenning van het profiel door de « Chambre de Concertation et d'Agrément » (ChaCA - Kamer van Overleg en Goedkeuring) van de SFMQ.

Na deze periode wordt artikel 31 van voornoemd akkoord van toepassing.

Art. 13. De minister bevoegd voor het leerplichtonderwijs en de minister bevoegd voor het onderwijs voor sociale promotie zijn belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 14 oktober 2021.

De minister-president,
P.-Y. JEHOLET

De minister van hoger onderwijs, onderwijs voor sociale promotie, universitaire ziekenhuizen, hulpverlening aan de jeugd, justitiehuizen, jeugd, sport en de promotie van Brussel,

V. GLATIGNY

De minister van onderwijs,
C. DESIR

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[C – 2021/33748]

29. OKTOBER 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19)

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, Artikel 10.6.1 § 3 Absatz 3 und § 4 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, und Artikel 10.6.6 § 1, eingefügt durch das Dekret vom 29. Oktober 2021;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19);

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass auf dem Konzertierungsausschusses vom 17. September 2021 beschlossen wurde, dass hinsichtlich der Präventionsmaßnahmen nur noch ein föderaler Sockel bestehen bleiben solle; dass die föderalen Präventionsmaßnahmen seit dem 1. Oktober 2021 zurückgeschraubt werden; dass die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zum 1. Oktober 2021 die Verwendung des COVID Safe Tickets für Massenveranstaltungen sowie eine Maskenpflicht in gewissen Sektoren eingeführt haben; dass diese Maßnahmen am 1. November 2021 auslaufen; dass die epidemiologische Situation auf dem deutschen Sprachgebiet weiterhin besorgniserregend ist; dass das Ergreifen von Maßnahmen, die über den föderalen Sockel hinausgehen, zum Schutz der Volksgesundheit, zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitswesens und zur Wiederaufnahme des sozialen Lebens unter sicheren Bedingungen dringend erforderlich ist; dass die Delta-Variante auf dem deutschen Sprachgebiet dominiert (fast 100 % der Infektionen) und dass diese Variante ansteckender ist als die Alpha- und andere Varianten; dass sich das Virus infolgedessen noch schneller in der Bevölkerung verbreitet; dass die dekreterale Rechtsgrundlage für das Ergreifen solcher Maßnahmen am 29. Oktober 2021 verabschiedet und in Kraft getreten ist; dass es aus diesen Gründen auch dringend notwendig ist, die Test- und Quarantänenvorschriften der epidemiologischen Situation anzupassen;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

In der Erwägung, dass keine epidemische Notsituation gemäß Artikel 3 § 1 des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation ausgerufen wurde;

In Erwägung der Konsultierung des Föderalstaats zu den in diesem Erlass enthaltenen Maßnahmen am 26. Oktober 2021;

In Erwägung der Konsultierung der Wallonischen Region zu den in diesem Erlass enthaltenen Maßnahmen am 26. Oktober 2021;

In Erwägung der Bewertung der RAG vom 15. Oktober 2021, in Anwendung von Artikel 10.6.7 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 und in Anwendung von Artikel 13bis des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021;

In der Erwägung, dass der siebentägige Inzidenzwert an Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) auf dem gesamten deutschen Sprachgebiet 619 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner beträgt; dass der vierzehntägige Inzidenzwert an Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) auf dem gesamten deutschen Sprachgebiet 897 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner beträgt;

In der Erwägung, dass der vierzehntägige Inzidenzwert belgienweit bei 529 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner liegt; dass der Inzidenzwert im deutschen Sprachgebiet demnach beinahe doppelt so hoch ist wie im übrigen Belgien ist; dass diese Situation schon seit geraumer Zeit ohne merkliche Besserung andauert; dass sich die Infektionszahlen demnach auf einem sehr hohen Niveau stabilisieren;

In der Erwägung, dass der Anteil positiver Testergebnisse auf dem deutschen Sprachgebiet 16,5% beträgt, während er sich landesweit bei durchschnittlich 8% eingependelt hat; dass der Anteil positiver Testergebnisse im deutschen Sprachgebiet folglich doppelt so hoch ist wie im übrigen Belgien; dass auch dieser Wert schon seit längerer Zeit auf diesem Niveau verweilt;

In der Erwägung, dass auf dem deutschen Sprachgebiet die hochansteckende Delta-Variante des Coronavirus (COVID-19) dominiert;

In der Erwägung, dass der Anteil vollständig geimpfter Personen auf dem deutschen Sprachgebiet bei 66% der Gesamtbevölkerung liegt; dass die Durchimpfungsrate in Gesamtbelgien mit 74% deutlich höher liegt als im deutschen Sprachgebiet; dass die Zahl verabreichter Impfungen auf dem deutschen Sprachgebiet kaum noch ansteigt; dass somit immer noch 34% der Bevölkerung auf dem deutschen Sprachgebiet ungeimpft ist und sich mit dem Coronavirus (COVID-19) anstecken kann; dass ungeimpfte Personen Gefahr laufen, einen schweren Verlauf der Erkrankung zu durchleben;

In der Erwägung, dass in den Krankenhäusern auf dem deutschen Sprachgebiet aktuell 4 Personen stationär aufgenommen sind, wovon 2 Personen intensivmedizinisch behandelt werden; dass die Plätze auf den Intensivstationen in den Krankenhäusern auf dem deutschen Sprachgebiet ausgelastet sind; dass in einem der beiden Krankenhäuser auf dem deutschen Sprachgebiet keine Intensivstation vorhanden ist; dass die Patienten daher in andere Krankenhäuser transportiert werden müssen; dass die tatsächliche Zahl der Intensivpatienten aus dem deutschen Sprachgebiet dadurch höher ausfällt;

In Erwägung der Tatsache, dass aus dieser Beurteilung hervorgeht, dass die epidemiologische Situation auf dem deutschen Sprachgebiet die Anwendung des COVID-Safe-Tickets in bestimmten Sektoren rechtfertigt, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) und seiner Folgen zu begrenzen;

In der Erwägung, dass aus den GEMS-Berichten vom 18. und 31. August 2021 hervorgeht, dass in Bars und Restaurants einige eindeutige Risikofaktoren festgestellt wurden, wie z. B. die längere Anwesenheit von Menschen im selben Raum, oft ohne ausreichende Belüftung;

In der Erwägung, dass auch bei Kultur-, Freizeit- und Festveranstaltungen ähnliche Risikofaktoren bestehen;

In der Erwägung, dass es im Bereich des Nachtlebens, d. h. in Diskotheken, in den letzten Monaten mehrere Beispiele in anderen europäischen Ländern gab, die zeigen, dass dieser Bereich eine Quelle für weit verbreitete Infektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) sein kann, da auch in Einrichtungen dieses Sektors oft keine ausreichende Belüftung besteht, eine Vielzahl von Menschen über einen längeren Zeitraum eng beieinander verweilen und die grundlegenden Sicherheitsmaßnahmen kaum eingehalten werden können;

In der Erwägung, dass diese Einschätzung auch für Tätigkeiten und Veranstaltungen in Einrichtungen des Fest- und Kultursektors gilt;

In der Erwägung, dass in Sport- und Fitnessclubs seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie häufig Infektionscluster beobachtet wurden, was auf den engen Kontakt der Menschen untereinander, die häufige Bewegung im selben Raum und die verstärkte Aerosolisierung und Tröpfchenbildung bei körperlicher Anstrengung zurückzuführen ist; dass dies insbesondere bei Sportwettkämpfen, wo es zu einem vermehrten Zuschaueraufkommen kommen kann, zutrifft;

In der Erwägung, dass die COVID-19-Gesundheitskrise wirtschaftliche und soziale Folgen hat, was bedeutet, dass der Zugang zu sozialen und kulturellen Veranstaltungen aufrechterhalten werden muss;

In der Erwägung, dass das kontinuierliche Angebot an kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung unterstützen muss;

In der Erwägung, dass das soziale Leben auch in den Diskotheken, Gaststätten, im Sportsektor stattfindet;

In der Erwägung, dass die Eröffnung dieser Sektoren jedoch der epidemiologischen Situation auf dem deutschen Sprachgebiet und insbesondere der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) Rechnung tragen muss;

In der Erwägung, dass die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der betroffenen Sektoren die Verabschiedung von Maßnahmen erfordert, die die Öffnung dieser Sektoren mit der Vorbeugung des Gesundheitsrisikos im Zusammenhang mit der übermäßigen Belegung von Krankenhausbetten durch Patienten, die an einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) leiden, verbinden;

In der Erwägung, dass es sich aus diesen Gründen empfiehlt, Präventionsmaßnahmen nur insoweit zu treffen, wie dies unbedingt erforderlich für den Schutz der Gesundheit und zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitswesens ist;

In der Erwägung, dass die Bürgermeister des deutschen Sprachgebiets Polizeiverfügungen verabschiedet haben, die ebenfalls verbindliche Präventionsmaßnahmen beinhalten;

In der Erwägung, dass das Infektionsrisiko bei Massenveranstaltungen, Test- und Pilotprojekten, bei Sportwettkämpfen, sowie bei allen Tätigkeiten und Veranstaltungen in Einrichtungen des Fest- und Kultursektors ab 50 Personen im Innenbereich bzw. ab 200 Personen im Freien, in Fitnesszentren, in Gaststätten und in Diskotheken am ehesten gegeben ist; dass es sich hierfür empfiehlt, die Verwendung des COVID Safe Tickets aufzuerlegen, um das Infektionsrisiko zu minimieren und gleichzeitig solche Veranstaltungen stattfinden zu lassen bzw. den Betrieb solcher Einrichtungen aufrechterhalten zu können;

In der Erwägung, dass zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit der durch diesen Erlass auferlegten Maßnahmen, die Verwendung des COVID Safe Tickets nicht für alle im Dekret aufgeführten Veranstaltungen und Einrichtungen auferlegt wird; dass für Gaststätten eine Ausnahme für Take-Away-Gerichte vorgesehen werden muss, da das Risiko einer Infektion in dieser Hypothese äußerst begrenzt ist; dass auch für interne Vereinsaktivitäten eine Ausnahme vorgesehen wird, da es sich im Allgemeinen um Personen handelt, die vornehmlich zur selben Kontaktblase gehören;

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19), abgeändert durch den Erlass vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 1 bis 4 werden zu § 1;

2. folgender § 2 wird eingefügt:

„§ 2 – Unbeschadet des § 1 gelten alle Personen, die in einem Haushalt mit einer Person leben, bei der eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) nachgewiesen wurde oder bei der ein Arzt den ernsthaften Verdacht hat, dass sie mit dem Coronavirus (COVID-19) infiziert ist, als Personen, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, mit dem Coronavirus (COVID-19) angesteckt zu sein. Sie haben sich unverzüglich:

1. an ihrem Hauptwohnsitz oder an einem anderen angemessenen Ort in Quarantäne zu begeben, bis die Isolation der infizierten Person in ihren Haushalt endet;

2. nach Bekanntwerden des erhöhten Risikos für eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) bei ihrem behandelnden Arzt zu melden, um sich einem Test auf das Coronavirus (COVID-19) zu unterziehen.

Die in Absatz 1 genannten Personen werden über das gemäß dem Artikel 10.9 des Dekrets eingerichtete Kontaktzentrum oder über einen Arzt darüber informiert, dass sie ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) aufweisen.“

Art. 2 - Artikel 3.5 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 1 bis 3 werden zu § 1;

2. in § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikel 3“ durch die Wortfolge „Artikel 3 § 1“ ersetzt;

3. in § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge „In dem Fall werden die Kontaktpersonen ebenfalls von der Verpflichtung, sich ein zweites Mal testen zu lassen, befreit.“ durch die Wortfolge „Unbeschadet der in Absatz 1 vorgesehenen Freistellung von der Quarantäne sind Kontaktpersonen verpflichtet, sich am siebten Tag nach dem Kontakt mit einer infizierten oder vermutlich infizierten Person ein zweites Mal testen zu lassen.“ ersetzt;

4. folgender § 2 wird eingefügt:

„§ 2 – In Abweichung von Artikel 3 § 2 werden Kontaktpersonen eines selben Haushalts ab dem in Absatz 2 vorgesehenen Zeitpunkt davon freigestellt, sich in Quarantäne zu begeben, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

1. sie sind seit mindestens zwei Wochen seit der Infektion ihres Haushaltsmitglieds mit einem von der Europäischen Arzneimittelbehörde zugelassenen Impfstoff vollständig geimpft im Sinne von Artikel 3.2 § 2 Absatz 3;

2. sie lassen sich nach Bekanntwerden des Kontakts auf eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) testen.

Die Freistellung von der Quarantäne gilt ab Vorliegen eines negativen Testergebnisses. Unbeschadet der in Absatz 1 vorgesehenen Freistellung von der Quarantäne sind Kontaktpersonen verpflichtet, sich am siebten Tag nach dem Ende der Isolation ihres infizierten Haushaltsmitglieds ein zweites Mal testen zu lassen. Fällt das Testergebnis positiv aus, gelten die in Artikel 1 vorgesehenen Vorgaben.“

Art. 3 - Artikel 3.6 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 1. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 3.6 – In Abweichung von Artikel 3 sind Kontaktpersonen unter 6 Jahren nur dann verpflichtet, sich einem Test auf das Coronavirus (COVID-19) zu unterziehen, wenn sie Symptome zeigen.

In Abweichung von Artikel 3 § 1 werden Kontaktpersonen unter 12 Jahren, davon freigestellt, sich in Quarantäne zu begeben, wenn sie sich nach Bekanntwerden des Kontakts auf eine Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) testen lassen und dieser Test negativ ausfällt. Sie sind verpflichtet, sich am siebten Tag nach dem Kontakt mit einer infizierten oder vermutlich infizierten Person ein zweites Mal testen zu lassen.“

Art. 4 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse vom 25. März 2021, vom 29. April 2021 und vom 1. Juli 2021, wird folgendes Kapitel 2.1, das die Artikel 3.7 bis 3.8 umfasst, eingefügt:

„Kapitel 2.1 – Anwendung des COVID Safe Tickets“

Art. 5 - In Kapitel 2.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 3.7 eingefügt:

„Art. 3.7 – Die Verwendung des COVID Safe Tickets ist für nachfolgende Einrichtungen, Veranstaltungen und Projekte verpflichtend:

1. Massenveranstaltungen;

2. Test- und Pilotprojekte;

3. Sportzentren, insofern dort Sportwettkämpfe mit einer Mindestzahl von 50 Besuchern im Innenbereich beziehungsweise 200 Besuchern im Freien stattfinden;

4. Einrichtungen des Kultursektors, insofern dort Tätigkeiten oder Veranstaltungen mit einer Mindestzahl von 50 Besuchern im Innenbereich beziehungsweise 200 Besuchern im Freien stattfinden;

5. Einrichtungen des Festsektors, insofern dort Tätigkeiten oder Veranstaltungen mit einer Mindestzahl von 50 Besuchern im Innenbereich beziehungsweise 200 Besuchern im Freien stattfinden;

6. Fitnesszentren;

7. Gaststätten;

8. Diskotheken.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 ist das COVID Safe Ticket nicht anwendbar auf Personen, die an internen Vereinsaktivitäten teilnehmen.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 7 ist das COVID Safe Ticket nicht anwendbar auf Personen, die die Gaststätte nur für die Abholung ihrer Mahlzeit betreten und diese Mahlzeit nicht vor Ort verzehren.“

Art. 6 - In Kapitel 2.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 3.8 eingefügt:

„Art. 3.8 – Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels treten am 1. November 2021 in Kraft.

Sie treten außer Kraft, wenn gemäß Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 2 des Dekrets jeder der folgenden Schwellenwerte unterschritten und der in Nummer 4 erwähnte Schwellenwert überschritten wird:

1. ein Inzidenzwert von 100 Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) pro 100.000 Einwohner über 14 Tage;

2. ein Anteil positiver Testergebnisse von 3%;

3. eine Belegung von Krankenhausbetten mit Patienten, die wegen einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) behandelt werden, von 4,5 Patienten pro 100.000 Einwohner;

4. eine Durchimpfungsrate von 80% auf Ebene der Gesamtbevölkerung des deutschen Sprachgebiets.
Unbeschadet der Anwendung von Absatz 2 treten sie spätestens am 31. Januar 2022 außer Kraft.“

Art. 7 - Gemäß Artikel 10.6.8 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention werden die Bewertung der Risk Assessment Group sowie der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Art. 8 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 9 - Der Minister für Gesundheit wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 29. Oktober 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[C – 2021/33748]

29 OCTOBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, l'article 10.6.1, § 3, alinéa 3, et § 4, alinéa 2, inséré par le décret du 26 avril 2021, et l'article 10.6.6, § 1^{er}, inséré par le décret du 29 octobre 2021;

Vu l'Accord de coopération du 14 juillet 2021 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone, la Commission communautaire commune, la Région wallonne et la Commission communautaire française concernant le traitement des données liées au certificat COVID numérique de l'UE et au COVID Safe Ticket, le PLF et le traitement des données à caractère personnel des travailleurs salariés et des travailleurs indépendants vivant ou résidant à l'étranger qui effectuent des activités en Belgique;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19);

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le comité de concertation du 17 septembre 2021 a décidé que seul un socle fédéral doit subsister en matière de mesures de prévention; que les mesures fédérales de prévention ont été restreintes depuis le 1^{er} octobre 2021; que les communes de la région de langue allemande, au 1^{er} octobre 2021, ont instauré l'utilisation du COVID Safe Ticket pour les événements de masse et l'obligation de porter un masque dans certains secteurs; que ces mesures prennent fin le 1^{er} novembre 2021; que la situation épidémiologique reste préoccupante en région de langue allemande; qu'il faut d'urgence adopter des mesures dépassant le socle fédéral en vue de protéger la santé publique, d'éviter une surcharge du secteur de la santé et de permettre une reprise de la vie sociale dans des conditions sûres; que le variant Delta est dominant en région de langue allemande (près de 100 % des infections) et que ce variant est plus contagieux que les variants Alpha et autres; qu'en conséquence le virus circule encore plus rapidement au sein de la population; que la base juridique décréte pour l'adoption de telles mesures a été votée et est entrée en vigueur le 29 octobre 2021; qu'il faut d'urgence, pour toutes ces raisons, adapter à la situation épidémiologique les règles en matière de tests et de quarantaine;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant qu'aucune situation d'urgence épidémique au sens de l'article 3, § 1^{er}, de la loi du 14 août 2021 relative aux mesures de police administrative lors d'une situation d'urgence épidémique n'a été déclarée;

Considérant que l'État fédéral a été consulté le 26 octobre 2021 à propos des mesures contenues dans le présent arrêté;

Considérant que la Région wallonne a été consultée le 26 octobre 2021 à propos des mesures contenues dans le présent arrêté;

Considérant l'évaluation du RAG du 15 octobre 2021, en application de l'article 10.6.7, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret du 1^{er} juin 2004 et en application de l'article 13bis de l'accord de coopération du 14 juillet 2021;

Considérant que le taux d'incidence des nouvelles infections au coronavirus (COVID-19) par 100 000 habitants sur sept jours est de 619 nouvelles infections par 100 000 habitants pour l'ensemble de la région de langue allemande; que le taux d'incidence des nouvelles infections au coronavirus (COVID-19) par 100 000 habitants sur quatorze jours est de 897 nouvelles infections par 100 000 habitants pour l'ensemble de la région de langue allemande;

Considérant que le taux d'incidence sur quatorze jours est de 529 nouvelles infections par 100 000 habitants pour toute la Belgique; que le taux d'incidence en région de langue allemande s'élève dès lors à près du double de celui du reste de la Belgique; que cette situation perdure depuis un certain temps déjà sans amélioration notable; que le nombre d'infections se stabilise dès lors à un très haut niveau;

Considérant que la proportion de tests positifs s'élève à 16,5 % en région de langue allemande alors qu'il est en moyenne de 8 % au niveau national; que la proportion de tests positifs en région de langue allemande s'élève dès lors au double de celle du reste de la Belgique; que cette valeur, elle aussi, se maintient à ce niveau depuis longtemps déjà;

Considérant que c'est le variant Delta du coronavirus (COVID-19) qui est dominant en région de langue allemande;

Considérant que la proportion de personnes complètement vaccinées s'élève, en région de langue allemande, à 66 % de l'ensemble de la population; que le taux de vaccination moyen pour la Belgique, à savoir 74 %, est nettement plus élevé qu'en région de langue allemande; que le nombre de vaccins administrés en région de langue allemande augmente peu; que, de ce fait, 34 % de la population de la région de langue allemande ne sont toujours pas vaccinés et peuvent être contaminés par le coronavirus (COVID-19); que les personnes non vaccinées courent le risque de développer des formes sévères de la maladie;

Considérant que 4 personnes sont actuellement hospitalisées en région de langue allemande, dont deux traitées en soins intensifs; que les lits en soins intensifs dans les hôpitaux de la région de langue allemande sont saturés; que l'un des deux hôpitaux de la région de langue allemande ne dispose pas d'un service de soins intensifs; que les patients doivent dès lors être transférés dans d'autres hôpitaux; que le nombre réel de patients en soins intensifs provenant de la région de langue allemande semble de ce fait plus élevé;

Considérant qu'il ressort de cette évaluation que la situation épidémiologique en région de langue allemande justifie l'application du COVID Safe Ticket dans certains secteurs afin de limiter la propagation du coronavirus (COVID-19) et ses conséquences;

Considérant qu'il ressort des rapports établis par le GEMS les 18 et 31 août 2021 que certains facteurs de risque évidents ont été constatés dans les bars et les restaurants, comme une présence prolongée de personnes dans une même pièce, et ce, sans aération suffisante;

Considérant que des facteurs de risque similaires existent aussi lors d'événements culturels, de loisirs et festifs;

Considérant que d'autres pays européens ont connu dans le monde de la nuit, à savoir les discothèques, plusieurs exemples montrant que ce secteur peut constituer une source d'infections au coronavirus (COVID-19) largement répandues étant donné que les établissements de ce secteur sont souvent insuffisamment aérés, qu'une multitude de personnes restent longtemps fort proches les unes des autres et que les mesures de sécurité élémentaires peuvent à peine être respectées;

Considérant que cette approche vaut aussi pour les activités et événements se déroulant dans les secteurs festif et culturel;

Considérant que, depuis l'apparition de la pandémie de COVID-19 des foyers de contamination ont souvent été constatés dans les clubs de sport et de fitness, cela étant dû au contact rapproché entre les gens, aux mouvements répétés dans un même local ainsi qu'à la formation renforcée d'aérosols et de gouttelettes lors d'efforts physiques; que c'est particulièrement le cas lors de compétitions sportives pouvant accueillir un nombre accru de spectateurs;

Considérant que la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) a des répercussions économiques et sociales, ce qui signifie que l'accès à des événements sociaux et culturels doit être maintenu;

Considérant que l'offre continue proposée par des établissements et événements culturels doit soutenir la santé psychique et le bien-être de la population;

Considérant que la vie sociale se déroule aussi dans les discothèques, les établissements de l'Horeca et le secteur sportif;

Considérant que l'ouverture de ces secteurs doit toutefois tenir compte de la situation épidémiologique en région de langue allemande et particulièrement de la propagation du coronavirus (COVID-19);

Considérant que l'importance des secteurs concernés du point de vue social et économique nécessite d'adopter des mesures qui permettent de combiner l'ouverture de ces secteurs et la prévention du risque sanitaire lié à l'occupation trop importante des lits hospitaliers par des patients atteints de la COVID-19;

Considérant qu'il est dès lors judicieux de ne prendre des mesures de prévention que si c'est nécessaire pour protéger la santé publique et pour éviter une surcharge du secteur de la santé;

Considérant que les bourgmestres de la région de langue allemande ont déjà adopté des ordonnances de police contenant elles aussi des mesures de prévention contraignantes;

Considérant que le risque d'infection est le plus élevé lors d'événements de masse, d'expériences et projets pilote, de compétitions sportives, ainsi que lors de toutes les activités et tous les événements se déroulant dans des établissements des secteurs festif et culturel rassemblant 50 personnes et plus à l'intérieur ou, selon le cas, 200 personnes et plus à l'extérieur, dans les centres de fitness, dans les établissements de l'Horeca et dans les discothèques; qu'il convient de ce fait d'imposer l'utilisation du COVID Safe Ticket afin de minimiser le risque d'infection et, parallèlement, de permettre l'organisation de tels événements ou de pouvoir maintenir le fonctionnement de tels établissements;

Considérant que l'application du COVID Safe Ticket n'est pas imposée pour tous les événements et établissements mentionnés dans le décret, et ce, afin de garantir la proportionnalité des mesures imposées par le présent arrêté; qu'une exception doit, en ce qui concerne les établissements de l'Horeca, être prévue pour les plats à emporter étant donné que le risque d'infection est extrêmement réduit en pareille hypothèse; qu'il faut également prévoir une exception pour les activités intérieures des clubs étant donné qu'il s'agit en règle générale de personnes appartenant essentiellement à la même bulle;

Sur la proposition du Ministre de la Santé;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19), modifié par l'arrêté du 1^{er} juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} à 4 forment le § 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Sans préjudice du § 1^{er}, toutes les personnes vivant avec une personne dont la contamination au coronavirus (COVID-19) est avérée ou à l'égard de laquelle le médecin a une forte suspicion d'infection au coronavirus (COVID-19) sont considérées comme présentant un risque accru d'être infectées au coronavirus (COVID-19). Elles doivent immédiatement :

1° se placer en quarantaine, soit dans leur résidence principale, soit dans un autre lieu approprié jusqu'à ce que l'isolement de la personne de leur ménage qui est infectée prenne fin; 2° après avoir pris connaissance du fait qu'elles présentent un risque accru de contamination au coronavirus (COVID-19), se manifester auprès de leur médecin traitant de façon à se soumettre à un test de dépistage du coronavirus (COVID-19).

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont informées via le centre de contact créé conformément à l'article 10.9 du décret ou un médecin du fait qu'elles présentent un risque accru de contamination au coronavirus (COVID-19). »

Art. 2. À l'article 3.5 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 1^{er} juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} à 3 forment le § 1^{er};

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « article 3 » sont remplacés par les mots « article 3, § 1^{er} »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « Dans ce cas, les contacts sont également dispensés de l'obligation de se soumettre à un second test. » sont remplacés par les mots « Sans préjudice de la dispense de quarantaine prévue à l'alinéa 1^{er}, les contacts sont obligés de se soumettre à un second test dans les sept jours suivant le contact avec une personne infectée ou présumée infectée. »;

4° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Par dérogation à l'article 3, § 2, les contacts d'un même ménage sont dispensés, à partir du moment prévu à l'alinéa 2, de se placer en quarantaine, moyennant le respect des conditions suivantes :

1° ils sont, depuis au moins deux semaines après l'infection du membre de leur ménage, vaccinés complètement avec un vaccin reconnu par l'Agence européenne du médicament au sens de l'article 3.2, § 2, alinéa 3;

2° ils se soumettent, après avoir pris connaissance du contact, à un test de dépistage du coronavirus (COVID-19).

La dispense de quarantaine vaut dès que le test s'est révélé négatif. Sans préjudice de la dispense de quarantaine prévue à l'alinéa 1^{er}, les contacts sont obligés de se soumettre à un second test dans les sept jours suivant la fin de l'isolement du membre de leur ménage. Si le test se révèle positif, le prescrit de l'article 1^{er} s'applique. »

Art. 3. L'article 3.6 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 1^{er} juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

Art. 3.6 – Par dérogation à l'article 3, les contacts âgés de moins de six ans ne sont obligés à se soumettre à un test de dépistage du coronavirus (COVID-19) que s'ils montrent des symptômes.

Par dérogation à l'article 3, § 1^{er}, les contacts âgés de moins de douze ans sont dispensés de se placer en quarantaine lorsqu'ils se soumettent, après avoir pris connaissance du contact, à un test de dépistage du coronavirus (COVID-19). Ils sont obligés de se soumettre à un second test le septième jour suivant le contact avec une personne infectée ou présumée infectée. »

Art. 4. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés des 25 mars 2021, 29 avril 2021 et 1^{er} juillet 2021, il est inséré un chapitre 2.1, comportant les articles 3.7 à 3.8, intitulé comme suit :

« Chapitre 2.1 – Application du COVID Safe Ticket »

Art. 5. Dans le chapitre 2.1 du même arrêté, il est inséré un article 3.7 rédigé comme suit :

« Art. 3.7 - L'application du COVID Safe Ticket est obligatoire pour les établissements, évènements et projets suivants :

1° évènements de masse;

2° expériences et projets pilote;

3° centres sportifs, pour autant que s'y déroulent des compétitions réunissant au minimum 50 visiteurs à l'intérieur ou 200 personnes à l'extérieur, selon le cas;

4° établissements du secteur culturel, pour autant que s'y déroulent des activités ou évènements réunissant au minimum 50 visiteurs à l'intérieur ou 200 personnes à l'extérieur, selon le cas;

5° établissements du secteur festif, pour autant que s'y déroulent des activités ou évènements réunissant au minimum 50 visiteurs à l'intérieur ou 200 personnes à l'extérieur, selon le cas;

6° centres de fitness;

7° établissements de l'Horeca;

8° discothèques.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4°, le COVID Safe Ticket ne s'applique pas aux personnes participant à des activités intérieures menées par des clubs.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 7°, le COVID Safe Ticket ne s'applique pas aux personnes qui pénètrent dans les établissements de l'Horeca seulement pour aller chercher leur repas et ne consomment pas celui-ci sur place. »

Art. 6. Dans le chapitre 2.1 du même arrêté, il est inséré un article 3.8 rédigé comme suit :

« Art. 3.8 - Les dispositions du présent chapitre entrent en vigueur le 1^{er} novembre 2021.

Elles ne s'appliquent plus dès que, conformément à l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 2, du décret chacun des seuils suivants n'est plus atteint et que celui mentionné au 4° est dépassé :

1° un taux d'incidence des nouvelles infections au coronavirus (COVID-19) égal à 100 pour 100 000 habitants sur une période de quatorze jour;

2° un taux de positivité aux tests égal à 3%;

3° un taux de remplissage des lits hospitaliers occupés par des patients traités pour une infection au coronavirus (COVID-19) égal à 4,5 pour 100 000 habitants;

4° un taux de vaccination de 80 % au niveau de l'ensemble de la population de la région de langue allemande.

Sans préjudice de l'application de l'alinéa 2, elles cessent d'être en vigueur au plus tard le 31 janvier 2022. »

Art. 7. Conformément à l'article 10.6.8 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, l'évaluation menée par le Risk Assessment Group ainsi que le présent arrêté sont, dès l'adoption de celui-ci, transmis au Président du Parlement de la Communauté germanophone.

Art. 8. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 9. Le Ministre de la Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 29 octobre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement,
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C – 2021/33748]

29 OKTOBER 2021. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, artikel 10.6.1, § 3, derde lid, en § 4, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, en artikel 10.6.6, § 1, ingevoegd bij het decreet van 29 oktober 2021;

Gelet op het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie betreffende de verwerking van gegevens met betrekking tot het digitaal EU-COVID-certificaat, het COVID Safe Ticket, het PLF en de verwerking van persoonsgegevens van in het buitenland wonende of verblijvende werknemers en zelfstandigen die activiteiten uitvoeren in België;

Gelet op het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19);

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid ingegeven is door het feit dat in het overlegcomité van 17 september 2021 werd besloten dat er alleen nog een federale sokkel overblijft voor de preventiemaatregelen; dat de federale preventiemaatregelen sinds 1 oktober 2021 worden teruggeschroefd; dat de gemeenten van het Duitse taalgebied op 1 oktober 2021 het gebruik van het COVID Safe Ticket voor massa-evenementen hebben ingevoerd, alsook een maskerplicht in bepaalde sectoren; dat die maatregelen op 1 november 2021 verstrijken; dat de epidemiologische situatie in het Duitse taalgebied zorgwekkend blijft; dat het nemen van maatregelen bovenop de federale sokkel dringend noodzakelijk is om de volksgezondheid te beschermen, overbelasting van de gezondheidszorg te voorkomen en het maatschappelijk leven in veilige omstandigheden te hervatten; dat de deltavariant in het Duitse taalgebied dominant is (bijna 100% van de besmettingen) en dat deze variant besmettelijker is dan de alfa- en andere varianten; dat het virus zich daardoor nog sneller onder de bevolking verspreidt; dat de decretale rechtsgrondslag voor het nemen van dergelijke maatregelen op 29 oktober 2021 is aangenomen en in werking is getreden; dat het om die redenen ook dringend noodzakelijk is de test- en quarantainevoorschriften aan te passen aan de epidemiologische situatie;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende dat geen epidemische noodsituatie is afgekondigd overeenkomstig artikel 3, § 1, van de wet van 14 augustus 2021 betreffende de maatregelen van bestuurlijke politie tijdens een epidemische noodsituatie;

Overwegende dat de Federale Staat op 26 oktober 2021 werd geraadpleegd over de maatregelen die in dit besluit zijn vervat;

Overwegende dat het Waals Gewest op 26 oktober 2021 werd geraadpleegd over de maatregelen die in dit besluit zijn vervat;

Overwegende dat de RAG op 15 oktober 2021 een evaluatie heeft gemaakt met toepassing van artikel 10.6.7, eerste lid, 2°, van het decreet van 1 juni 2004 en met toepassing van artikel 13bis van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021;

Overwegende dat de zevendagenincidentie van nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) in het gehele Duitse taalgebied 619 per 100.000 inwoners bedraagt; dat de veertiendagenincidentie van nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) in het gehele Duitse taalgebied 897 per 100.000 inwoners bedraagt;

Overwegende dat de veertiendagenincidentie van nieuwe besmettingen in België 529 per 100.000 inwoners bedraagt; dat de incidentie in het Duitse taalgebied dus bijna tweemaal zo hoog is als in de rest van België; dat deze situatie reeds enige tijd aanhoudt zonder merkbare verbetering; dat de infectiecijfers zich derhalve op een zeer hoog niveau stabiliseren;

Overwegende dat de positiviteitsratio in het Duitse taalgebied 16,5% bedraagt, terwijl hij voor heel België gemiddeld bij 8% blijft; dat de positiviteitsratio in het Duitse taalgebied dus tweemaal zo hoog is als in de rest van België; dat ook die waarde al geruime tijd op hetzelfde niveau blijft;

Overwegende dat de zeer besmettelijke deltavariant van het coronavirus (COVID-19) in het Duitse taalgebied overheerst;

Overwegende dat het percentage volledig gevaccineerden in het Duitse taalgebied 66% van de totale bevolking bedraagt; dat de vaccinatiegraad in heel België met 74% beduidend hoger ligt dan in het Duitse taalgebied; dat het aantal toegediende vaccinaties in het Duitse taalgebied nauwelijks toeneemt; dat 34% van de bevolking in het Duitse taalgebied dus nog steeds niet gevaccineerd is en het coronavirus (COVID-19) kan oplopen; dat niet-gevaccineerden het risico lopen een ernstig verloop van de ziekte te krijgen;

Overwegende dat in de ziekenhuizen in het Duitse taalgebied momenteel 4 personen zijn opgenomen, waarvan 2 op de afdeling intensieve zorg; dat de plaatsen op de intensieve zorg in de ziekenhuizen in het Duitse taalgebied vol zijn; dat een van de twee ziekenhuizen in het Duitse taalgebied geen afdeling intensieve zorg heeft; dat de patiënten daardoor naar andere ziekenhuizen moeten worden overgebracht; dat het werkelijke aantal intensievezorgpatiënten uit het Duitse taalgebied dus hoger ligt;

Overwegende dat uit deze evaluatie blijkt dat de epidemiologische situatie in het Duitse taalgebied het gebruik van het COVID Safe Ticket in bepaalde sectoren rechtvaardigt om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) en de gevolgen daarvan te beperken;

Overwegende dat uit de GEMS-verslagen van 18 en 31 augustus 2021 blijkt dat in bars en restaurants enkele duidelijke risicofactoren zijn vastgesteld, zoals de langdurige aanwezigheid van mensen in dezelfde ruimte, vaak zonder passende ventilatie;

Overwegende dat soortgelijke risicofactoren ook bestaan bij culturele, recreatieve en feestelijke evenementen;

Overwegende dat er in de sector van het nachtleven, d.w.z. de discotheken, de laatste maanden verscheidene voorbeelden in andere Europese landen zijn geweest waaruit blijkt dat deze sector een bron van wijdverbreide besmetting met het coronavirus (COVID-19) kan zijn, aangezien er ook daar vaak onvoldoende ventilatie is, grote aantallen mensen gedurende lange tijd dicht bij elkaar zijn en elementaire veiligheidsmaatregelen nauwelijks in acht kunnen worden genomen;

Overwegende dat deze inschatting ook geldt voor activiteiten en evenementen in voorzieningen die behoren tot de feest- en cultuursector;

Overwegende dat sinds het uitbreken van de COVID-19-pandemie vaak infectieclusters zijn waargenomen in sport- en fitnessclubs, als gevolg van nauw contact tussen mensen, frequente verplaatsingen in dezelfde ruimte en verhoogde aerosol- en druppelvorming bij lichamelijke inspanning; dat dit met name het geval is bij sportwedstrijden waar veel toeschouwers aanwezig kunnen zijn;

Overwegende dat de COVID-19-gezondheids crisis economische en sociale gevolgen heeft, wat betekent dat de toegang tot sociale en culturele evenementen mogelijk moeten blijven;

Overwegende dat het belangrijk is dat culturele inrichtingen openblijven en dat men culturele evenementen blijft aanbieden, aangezien ze de geestelijke gezondheid en het welzijn van de bevolking ten goede komen;

Overwegende dat het sociale leven zich ook afspeelt in discotheken, voorzieningen voor horeca-activiteiten en bij sportactiviteiten;

Overwegende dat bij het openen of openhouden van die sectoren echter rekening moet worden gehouden met de epidemiologische situatie in het Duitse taalgebied en in het bijzonder met de verspreiding van het coronavirus (COVID-19);

Overwegende dat het belang van de betrokken sectoren vanuit sociaal en economisch oogpunt vereist dat maatregelen worden genomen, die de opening van deze sectoren combineren met het voorkomen van het gezondheidsrisico dat verbonden is aan de overbezetting van ziekenhuisbedden door patiënten met een besmetting met het coronavirus (COVID-19);

Overwegende dat het om deze redenen raadzaam is preventieve maatregelen te nemen in de mate die strikt noodzakelijk is om de gezondheid te beschermen en overbelasting van de gezondheidszorg te voorkomen;

Overwegende dat de burgemeesters van het Duitstalige gebied politieverordeningen hebben uitgevaardigd die ook bindende preventie maatregelen bevatten;

Overwegende dat de kans op besmetting het grootst is bij massa-evenementen, proef- en pilootprojecten, sportwedstrijden en alle activiteiten en evenementen in voorzieningen die behoren tot de feest- en cultuursector met minstens 50 personen binnen of minstens 200 personen buiten, fitnesscentra, voorzieningen voor horeca-activiteiten en discotheken; dat het raadzaam is het gebruik van het COVID Safe Ticket voor deze evenementen verplicht te stellen om het besmettingsgevaar tot een minimum te beperken en tegelijk dergelijke evenementen te laten plaatsvinden of dergelijke voorzieningen open te kunnen houden;

Overwegende dat, om de proportionaliteit van de bij dit besluit opgelegde maatregelen te handhaven, het gebruik van het COVID Safe Ticket niet wordt opgelegd voor alle in het decreet genoemde evenementen en voorzieningen; dat een uitzondering voor meeneemaltijden moet worden gemaakt voor 'voorzieningen voor horeca-activiteiten', aangezien het besmettingsrisico in dat geval uiterst beperkt is; dat ook een uitzondering wordt gemaakt voor interne verenigingsactiviteiten, aangezien het hier meestal gaat om mensen die hoofdzakelijk tot dezelfde contactbubbel behoren;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 3 van het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19), gewijzigd bij het besluit van 1 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot het vierde lid worden vernummerd tot § 1;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – Onverminderd § 1 worden alle personen die in een gezin leven met een persoon bij wie een besmetting met het coronavirus (COVID-19) is vastgesteld of bij wie een arts een ernstig vermoeden heeft dat hij met het coronavirus (COVID-19) besmet is, beschouwd als personen met een verhoogd risico op besmetting met het coronavirus (COVID-19). Ze moeten onmiddellijk:

1° op hun hoofdverblijfplaats of op een andere geschikte plaats in quarantaine gaan totdat de besmette persoon in hun gezin niet langer in afzondering hoeft te leven;

2° nadat het verhoogde risico op besmetting met het coronavirus (COVID-19) bekend is, zich bij hun behandelend arts melden om zich te laten testen op het coronavirus (COVID-19).

De personen vermeld in het eerste lid worden via een arts of via het overeenkomstig artikel 10.9 van het decreet opgerichte contactcentrum ervan op de hoogte gebracht dat ze een verhoogd risico op besmetting met het coronavirus (COVID-19) lopen."

Art. 2. In artikel 3.5 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 1 juli 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot het derde lid worden vernummerd tot § 1;

2° in § 1, eerste lid, worden de woorden "artikel 3" vervangen door de woorden "artikel 3, § 1,";

3° in § 1, tweede lid, worden de woorden "In dat geval worden de contactpersonen ook vrijgesteld van de verplichting om zich een tweede keer te laten testen." vervangen door de woorden "Onverminderd de vrijstelling van quarantaine bepaald in het eerste lid, moeten contactpersonen zich een tweede keer laten testen op de zevende dag na het contact met een besmette of vermoedelijk besmette persoon";

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – In afwijking van artikel 3, § 2, worden contactpersonen binnen eenzelfde gezin vanaf het tijdstip bepaald in het tweede lid vrijgesteld van de verplichting om in quarantaine te gaan, als ze aan de volgende voorwaarden voldoen:

1° ze zijn sinds minstens twee weken na de besmetting van hun gezinslid in de zin van artikel 3.2, § 2, derde lid, volledig gevaccineerd met een vaccin dat door het Europees Geneesmiddelenagentschap is goedgekeurd;

2° ze laten zich, onmiddellijk nadat het contact bekend is, testen op een besmetting met het coronavirus (COVID-19).

De vrijstelling van quarantaine geldt vanaf dat een negatief testresultaat voorligt. Onverminderd de vrijstelling van quarantaine bepaald in het eerste lid moeten contactpersonen zich een tweede keer laten testen op de zevende dag na het einde van de afzondering van hun besmette gezinslid. Als het testresultaat positief is, gelden de vereisten bepaald in artikel 1."

Art. 3. Artikel 3.6 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 1 juli 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 3.6 – In afwijking van artikel 3 hoeven contactpersonen jonger dan 6 jaar alleen op het coronavirus (COVID-19) te worden getest als zij symptomen vertonen.

In afwijking van artikel 3, § 1, worden contactpersonen jonger dan 12 jaar vrijgesteld van quarantaine als ze zich, onmiddellijk nadat het contact bekend is, laten testen op een besmetting met het coronavirus (COVID-19) en als die test negatief is. Ze moeten zich een tweede keer laten testen op de zevende dag na het contact met een besmette of vermoedelijk besmette persoon."

Art. 4. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van 25 maart 2021, 29 april 2021 en 1 juli 2021, wordt een hoofdstuk 2.1 ingevoegd, dat de artikelen 3.7 tot 3.8 omvat, luidende:

"Hoofdstuk 2.1 – Gebruik van het COVID Safe Ticket"

Art. 5. In hoofdstuk 2.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 3.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 3.7 – Het gebruik van het COVID Safe Ticket is verplicht voor de volgende voorzieningen, evenementen en projecten:

1° massa-evenementen;

2° proef- en pilootprojecten;

3° sportcentra, voor zover daar sportwedstrijden plaatsvinden met minimum 50 bezoekers binnen of minimum 200 bezoekers buiten;

4° voorzieningen die behoren tot de cultuursector, voor zover daar activiteiten of evenementen plaatsvinden met minimum 50 bezoekers binnen of minimum 200 bezoekers buiten;

5° voorzieningen die behoren tot de feestsector, voor zover daar activiteiten of evenementen plaatsvinden met minimum 50 bezoekers binnen of minimum 200 bezoekers buiten;

6° fitnesscentra;

7° voorzieningen voor horeca-activiteiten;

8° discotheken.

In afwijking van het eerste lid, 4°, is het COVID Safe Ticket niet van toepassing op personen die deelnemen aan interne verenigingsactiviteiten.

In afwijking van het eerste lid, 7°, is het COVID Safe Ticket niet van toepassing op personen die de voorziening voor horeca-activiteiten alleen betreden om hun maaltijd af te halen en deze maaltijd niet ter plaatse nuttigen."

Art. 6. In hoofdstuk 2.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 3.8 ingevoegd, luidende:

"Art. 3.8 – De bepalingen van dit hoofdstuk treden in werking op 1 november 2021.

Zij treden uit werking indien overeenkomstig artikel 10.6.3, § 1, tweede lid, van het decreet elk van de volgende drempelwaarden wordt overschreden en de in 4° vermelde drempelwaarde wordt overschreden:

1° een incidentiewaarde van 100 nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) per 100.000 inwoners gedurende 14 dagen;

2° een positiviteitsratio van 3%;

3° een bezettingsgraad van 4,5 patiënten per 100.000 inwoners wat betreft ziekenhuisbedden met patiënten die worden behandeld wegens een besmetting met het coronavirus (COVID-19) ;

4° een vaccinatiegraad van 80% op het niveau van de totale bevolking van het Duitstalige gebied.

Onverminderd de toepassing van het tweede lid treden zij uiterlijk op 31 januari 2022 buiten werking."

Art. 7. Overeenkomstig artikel 10.6.8 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie wordt de evaluatie van de Risk Assessment Group, evenals dit besluit, onmiddellijk na de aanneming ervan, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 8. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 9. De minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 29 oktober 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid
en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS